Nummer 314 — Halle, Freitag, den 3. November 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis: Zehn Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 190.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 190.00, in den Ausgabestellen abgeholt M Mark 180.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 12.00, im auswärtigen Verkehr M Mark 15.00. Reklamen die Millimeter-Zeile M Mark 40.00 im Ortsverkehr und Mark 50.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung. Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22515. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Ein Rekordsprung des Dollars.

Um die Mittagsstunde 6500! / Die deutschen Vorschläge an die Reparationskommission / Heute Vorlegung der Denkschrift Ein französisch-türkischer Zwischenfall / 60 Milliarden Defizit bei der Post.

Abschluß der Vorbesprechungen.

In Erwartung der deutschen Vorschläge.

Berlin, 3. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die orientierenden Vorbesprechungen mit den Vertretern der Reparationskommission sind im wesentlichen beendet und der deutschen Regierung soll nunmehr Gelegenheit gegeben werden, in der heutigen Sitzung ihre Vorschläge zur Lösung des Währungs- und Wirtschaftsdilemmas vorzubringen. Hierzu wird amtlich folgendes Communique verbreitet: Die Reparationskommission und der Reichsfinanzminister, der von mehreren Staatssekretären unterstützt wurde, haben drei Besprechungen abgehalten, in deren Verlauf die Vertreter der deutschen Regierung die den Haushalt für 1922 und 1923 betreffenden Fragen der Stabilisierung der Mark und der schwebenden Schuld dargelegt haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde, unter Zurückstellung einer gewissen Anzahl von Fragen zur späteren Erörterung, vereinbart, daß Minister Hermes in der Nachmittagssitzung vom 3. November eine schriftliche Darlegung der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Lösungen vorlegen solle. Die weitere Erörterung wird auf der Grundlage dieser offiziellen Mitteilung geführt werden.

*

Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt zu der Mitteilung, daß Hermes heute die deutsche Reparationsdenkschrift vorlegen soll, u. a.: Wir deuteten bereits an, daß diese Vorschläge sich auf ein langfristiges Moratorium und auf eine innere und äußere Anleihe beziehen werden. In diplomatischen Kreisen erwartet man, daß die Reichsregierung diesen Vorschägen eine festumschriebene Form geben wird. Wenn die Reichsregierung ein Moratorium von fünf Jahren verlangen würde, so würde sie damit die Ansicht der deutschen Wirtschafts- und Finanzkreise zum Ausdruck bringen, die hier über diese Frage besteht. Eine Stabilisierung der Mark dürfte kaum denkbar sein, wenn wir nicht vom Ausland eine Anleihe erhalten. Die Reichsregierung wird vermutlich den Standpunkt vertreten, daß eine Anleihe von ungefähr 500 Millionen Dollar uns vielleicht befähigen würde, zu einer Stabilisierungsaktion zu schreiten. Als Geldgeber käme wohl nur Amerika in Frage. Der in Berlin weilende Amerikaner Jenks hat einen Plan ausgearbeitet, durch den die Mark stabilisiert werden soll. Danach sollen englische und amerikanische Finanzkreise für Deutschland eine Goldanleihe aufbringen, die dem Betrage des Reichsbankgoldes, also einer Milliarde Goldmark, gleichkommen würde. Professor Jenks hat bereits mit Kreisen der deutschen, amerikanischen und englischen Regierung Fühlung genommen.

Drei Preisfragen.

Der Reichskanzler an die Finanzsachverständigen.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichskanzler entwarf, wie wir berichteten, gestern vormittag die internationalen Sachverständigen, die inzwischen vollständig in Berlin eingetroffen sind. Der Reichskanzler begrüßte die Herren in einer Ansprache, in der er nach einleitenden Begrüßungsworten folgendes ausführte: Die Tatsache, daß alle Herren, an die wir die Einladung gerichtet, zugesagt und bereitwillig ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, bestätigt uns, daß der Entschluß der Reichsregierung, die Frage der Stabilisierung der deutschen Währung dem Gutachten ausländischer Sachverständiger zu unterbreiten, richtig war. Die Möglichkeit, die Mark zu stabilisieren, ist natürlich auch bei uns auf das eingehendste geprüft worden, und zwar um so intensiver, je mehr die Entwertung der Mark fortschrittlich ist und je verhängnisvoller diese Entwicklung für die deutsche Wirtschaft, aber auch für die Wirtschaft der Länder geworden ist, mit denen Deutschland Handel treibt und Handel treiben muß. Die eine Meinung über dieses Problem ist die, daß der Versuch der Stabilisierung verfrüht und kein dauernder Erfolg gewährleistet ist, solange nicht zwei Voraussetzungen erfüllt oder ihre Erfüllung wenigstens in nahe Aussicht gerückt ist: nämlich die Balancierung des Budgets und die Balancierung der Zahlungsbilanz. Das Defizit der Einfuhr über die Ausfuhr muß leider noch viel größer angenommen werden, als bisher veröffentlichte Zahlen erkennen lassen, solange zu dieser Passivität der Handelsbilanz aus verschiedenen Gründen

noch weitere Passivfaktoren

kommen, die das Defizit unserer Handelsbilanz noch vergrößern. Die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen hängt aber zu einem sehr großen Teile von der Stabilisierung der Mark selbst ab. So gehen Ursachen und Folgeerscheinungen ineinander über und diese Situation führt zu der anderen Meinung, zu der Forderung, diesen circulus vitiosus zu durchschauen und die Mark zunächst einmal auf irgendeiner Basis festzulegen, wenn auch nicht endgültig, so doch provisorisch, um auf jeden Fall das weitere Abgleiten der Währung zu verhindern und dies schnell und mit Entschlossenheit. In dieser Situation hat der Reichstag das Bedürfnis gehabt, zu hören, wie man dieses Problem vom Auslande aus ansieht, und aus diesem Bedürfnis heraus die Einladung an die Sachverständigen gerichtet. Die Konferenz von Genua und insbesondere das Sachverständigenkomitee haben sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein bedeutendes Gutachten erstattet, aus dem nur ein Satz in die Erinnerung zurückgerufen werden soll. Das Sachverständigenkomitee hat damals in seinem Gutachten gesagt: Wenn

die äußere Schuldenlast eines Landes

seine Zahlungsfähigkeit übersteigt und wenn dieses Land nicht durch äußere Anleihe Hilfe bekommt, so müssen die Anstrengungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendigerweise zur Folge haben, daß einmal Märkte in anderen Ländern gestört werden und daß weiter eine sich fortsetzende Entwertung der Währung des Schuldnerlandes eintritt, die das Schuldnerland vollständig hindert, irgendwelchen Anlauf zur Stabilisierung zu nehmen. Dieses Gutachten ist damals allgemein und ohne Beziehung auf ein bestimmtes Land abgegeben worden. Es handelt sich darum, und das ist die Bitte, die ich an die Sachverständigen richte, diese Frage insbesondere im Hinblick auf die deutsche Anfrage zu prüfen und uns ein Gutachten darüber abzugeben:

1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?
2. Wenn nein, welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?
3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung beschlossen werden, sobald die Vorbedingungen vorliegen?

Das sind die Fragen, die die Reichsregierung beantwortet haben möchte. Die Sachverständigen haben völlige Freiheit in ihrer Arbeit und ihren Beratungen und es steht ihnen anheim, sie nach ihrem eigenen Ermessen durchzuführen. Sie können dabei ganz unter sich sein, sie können aber auch, wenn sie über eine Reihe von Gegenständen besonders unterrichtet werden wollen, um eine sichere Basis für ihr Urteil zu gewinnen, Fragen an die deutschen Ministerien oder an die deutschen Sachverständigen richten. Die Antwort der Sachverständigen auf diese Fragen wird sicher mit Spannung erwartet und große Beachtung finden.

Einschränkung der Militärkontrolle.

Eine kleine Erleichterung?

Die Bestrebungen, den umfangreichen Apparat der Interalliierten Militärkontrollkommission, die mit ihren über ganz Deutschland verzweigten Unterkommissionen die Durchführung der deutschen Abrüstung übermacht hat, zu verringern, haben lange Zeit zu keinem Ergebnis geführt. Die Kontrolle der Kommission über die deutsche Industrie ist mit der Umstellung aller früheren Rüstungsfabriken auf Friedensbedarf mehr und mehr überflüssig geworden, was noch an Waffenvorräten in Deutschland vorhanden war, ist heute wohl restlos zerstört und verschrotet, und trotzdem hat die Kommission an Zahl der Mitglieder nur noch zugenommen, und selbstverständlich auch an finanziellen Ansprüchen, für die der deutsche Steuerzahler aufkommen mußte. In bestimmten Abständen sind in der deutschen Presse die ungeheuren Gehaltszahlen bekanntgegeben worden, die die Angehörigen der Kontrollkommission beanspruchen, und nach denen selbst ein gemeiner Soldat im Dienste der Kommission das Mehrfache der höchsten deutschen Ministergehälter bezieht. Nun scheint endlich auf der Gegenseite sich die Bereitschaft einzustellen, den umfänglichen und kostspieligen Apparat abzubauen und ihn durch ein Militärkontrollkomitee von wesentlich geringerem Umfang zu ersetzen. Die Reichsregierung ist durch eine Note der Alliierten Regierungen eingeladen worden, auf dem Verhandlungswege über diesen Abbau der Militärkontrollkommission mit zu beraten, und sie hat dazu selbstverständlich ihre Bereitschaft erklärt. Es scheint auch, daß in finanzieller Hinsicht bei den Alliierten die Neigung zu einer Entlastung Deutschlands besteht, denn es wird mitgeteilt, daß die Kosten der verkleinerten Kommission in der Hauptsache durch die Alliierten aufgebracht werden sollen.

Man ist wohl bisher nicht fehlgegangen in der Annahme, daß der andauernde Widerstand gegen einen Abbau der Kommission aus ihren Kreisen selbst genährt wurde, und noch heute macht eine sehr scharfe Aeußerung der „Times" Propaganda für die Aufrechterhaltung der Interalliierten Kontrollkommission in ihrem jetzigen Umfang und sucht Deutschland fortgesetzter heimlicher Rüstungen zu verdächtigen. Um so mehr muß man es anerkennen, wenn es den Alliierten Regierungen tatsächlich mit der in ihrer Note geäußerten Absicht ernst ist.

Mussolinis Deutschfreundlichkeit.

Mussolini hat das Abschiedsgesuch des deutschfreundlichen Botschafters in Berlin Frassati sofort genehmigt, während er dem Botschafter in Paris, Grafen Sforza, dem Erfinder der berüchtigten Sforzalinie in Oberschlesien in einem höchst ungnädigen Telegramm sein Mißvergnügen über dessen Abschiedsgesuch zu erkennen gegeben hat. Diese verschiedene Behandlung spricht Bände. Allerdings läßt auch die Behandlung, die Mussolini dem Grafen Sforza hat angedeihen lassen, außer Zweifel, daß dem neuen Herrn Italiens der Erfolg allzu sehr in den Kopf gestiegen ist.

Ein großes Siegesfest in Rom.

Rom, 3. November. (Eig. Drahtmeldung.) Mussolini erklärte in dem gestern nacht zusammenberufenen dreistündigen Ministerrat, in ganz Italien sei die Ruhe zurückgekehrt. In 24 Stunden hätte die Staatsbahn 42 000 Faszisten von Rom abgeschoben. Die Maßnahmen der Faszisten gegen einzelne Personen, Zeitungen und Unternehmungen müßten rückgängig gemacht und die öffentliche Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden. Mussolini stellte folgendes Programm für seine Innenpolitik auf: Wiedererrichtung der Disziplin und Ordnung als Grundbedingung für die Entwicklung der Arbeit und der Produktion, Förderung aller Mittel dazu und Anregung zur nationalen Versöhnung. Der Ministerrat nahm mit Befriedigung von der Wiederherstellung der normalen Ruhe im Lande Kenntnis. Es wurde besonders auf die Besserung der italienischen Valuta hingewiesen. In der Kammer wird die Regierung die Verlängerung der budgetlosen Verwaltung bis 30. Juni 1923 verlangen. Hinsichtlich der Wirtschafts- und Finanzlage stimmte der Ministerrat der Aufhebung aller überflüssigen Ministerien und Behörden zu, sowie der Rückgabe der unzulänglichen Staatsbetriebe an die Privatindustrie. Vom Parlament verlangt die Regierung Vollmachten für die Verwaltungsreform und die Regelung der Auswanderung.

Rom, 3. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Ministerrat hat auf Veranlassung Mussolinis beschlossen, den Gedenktag der Schlacht bei Vittorio Veneto am 4. November mit einer Botschaft an die Nation zu feiern. In Rom wird in Anwesenheit des Königs eine militärische Feier stattfinden, nach der sich die Regierungsmitglieder zum Nationaldenkmal begeben und einen Augenblick vor dem Grabe des unbekannten Soldaten knien werden. Um 10 Uhr vormittags werden die Glocken in ganz Italien eine halbe Stunde lang zur Erinnerung an den italienischen Sieg läuten.

Sachsens Schicksalstag.

Aus Sachsen wird uns geschrieben: An dem großen politischen Geschehen gemessen, in dessen Mittelpunkt wir mit all unserer nationalen Not und unserem wirtschaftlichen Elend stehen, erscheint eine Landtagswahl zunächst als ein politisches Ereignis von nur untergeordneter Bedeutung. An aufrichtigen und nachhaltigen Versuchen, unserem Volke in seinen schweren außen- und innenpolitischen Sorgen die Unruhe und Aufregung einer Landtagswahl zu ersparen, hat es nicht gefehlt. Nachdem aber auf Seiten der Sozialdemokratie das Bestreben „den Staatsapparat in die Hand zu nehmen und damit eine Einheitsfront gegen das Bürgertum zu konstruieren," sich über die elementarsten verfassungsmäßigen Rücksichten und über die Grundgebote demokratischer Staatsauffassung dauernd hinweggesetzt, blieb kein anderer Weg als der Appell an das Volk. So ist die Wahl des 5. November für Sachsen ein Volksentscheid von schicksalsschwerer Verantwortung. Der wahre Volkswille kann an diesem Tage nur dann zum Ausdruck kommen, wenn sich jeder einzelne Wähler dieser Bedeutung der Wahl und seiner eigenen Pflicht bewußt ist. Mit dem Stimmzettel in der Hand bestimmt jeder Wähler nicht nur die Partei, durch die er im Landtag vertreten sein will, sondern er wählt gleichzeitig die Regierung des Landes und greift darüber hinaus in den Gang der Reichspolitik und in die Entscheidung der großen politischen Ideen- und Machtkämpfe ein, die unser Volk bewegen. Sachsen gehört zu den politischen und wirtschaftlichen Mittelpunkten des Reiches. Welche Regierung dieses Land hat, welche Vertreter diese Regierung in den Reichsrat entsendet, ist für die politische Struktur des Reiches und für die Beurteilung unserer innerpolitischen Zustände durch die Welt durchaus nicht ohne Bedeutung. In erster Linie wird sich das Ergebnis der Wahl natürlich im Staate Sachsen selbst auswirken.

Die Zustände, wie sie sich in Sachsen in Parlament und Regierung zuletzt herausgebildet hatten, waren des Landes und des Volkes unwürdig. Eine schmerzlichere Illustration, konnte es gar nicht geben, als die letzte Sitzung des verflossenen Landtages, in der die Kommunisten, auf die sich die sozialistische Regierung solange als vertrauensbegründenden Mehrheitsfaktor glaubte stützen zu dürfen, den Sozialdemokraten als Abschiedsgruß zurieten: „Eure ganze Fraktion stinkt nach Alkohol." Gewiß hat sich auch mancher sozialistischer Minister in diesem Augenblick die Frage vorgelegt, ob es notwendig war, die sächsische Regierung in einer solchen Abschiedsgesellschaft zu sehen. Wer den menschlich achtenswerten Charakter und die politischen Qualitäten einzelner sozialistischer Minister kannte, dem tat es schon lange in der Seele weh, daß es die Regierung nicht fertig brachte, sich aus eigener Kraft von dieser würdelosen Umklammerung zu befreien. Einzelne der fähigsten und charaktervollsten sozialistischen Minister zogen während dieses verfassungswidrigen Dauerzustandes für ihre Person die Konsequenzen und schieden aus, aber die sozialistischen Parteien des Landtags beugten sich nach wie vor unter das Joch einer sich außerhalb der Verfassung stellenden Partei, um ihre Macht im eigensten sozialistischen Interesse auszunutzen. Wird die nicht sozialistische Wählerschaft Sachsens am 5. November den Beweis erdringen, daß sie Wesen und Ziel des demokratischen Volksstaates erfaßt hat? Bei der letzten Wahl ist sie diesen Beweis schuldig geblieben. Das Abrücken eines großen Teiles der Wählerschaft von den politischen Strömungen der Mitte, der sogenannte Ruck nach rechts hat damals den Weg zur sozialistischen Alleinherrschaft frei gemacht. Die Schwächung die er politischen Strömung enthob die Sozialdemokratie der Notwendigkeit, in Regierung und Gesetzgebung mit der deutschen Demokratie als unentbehrlichem Faktor zu rechnen. „Wenn wir die Wahl haben, so ziehen wir das Bündnis mit ganz links vor," diesen Grundsatz der Sozialdemokratie gegenüber gilt es dafür zu sorgen, daß ihr diese Wahl nicht bleibt, sondern, daß die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse durch Stärkung der demokratischen Bestandteile des Landtages den gegenteiligen Zwang zur Anlehnung an die deutsche Demokratie bringen. Diese Dinge liegen so klar und einfach auf der Hand, daß sie eigentlich das schlichteste politische Erkenntnisvermögen erfassen müßte. Zwei Momente machen es dieser Erkenntnis schwer, sie durchzuringen zur befreienden politischen Tat.

Der deutsche Wähler ist noch immer geneigt, die politischen Notwendigkeiten stimmungsmäßig zu erfassen und nicht mit kühler, nüchterner Vernunft. Hier liegt die eine große Gefahrenquelle für die Wahl des 5. November. Die an sich berechtigte Verärgerung über die unbefriedigenden Zustände im sächsischen Staatsbetrieb droht ein Teil der Wählerschaft auf die extremen Flügel zu verschlagen, wo die stehen, die den heutigen Staat überhaupt verneinen. Die Wähler merken dabei nicht, daß sie durch diese Staatsverneinung sich und die anderen der Möglichkeit berauben, diesen Staat, der doch nun einmal da ist, in seinem Aufbau

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221103017/fragment/page=0001

zu einem für das ganze Volk wohnlichen Gebäude zu machen. Ein anderes kommt hinzu. Ueber das deutsche Volk ist seit dem unglücklichen Ausgange des Krieges so viel Schweres hereingebrochen, und gerade die letzten Wochen haben eine so ungeheure Verstärkung des auf uns lastenden Druckes gebracht, daß viele mit fatalistischem Gleichmut die Dinge als unabänderlich hinnehmen, daß sie sich um politische Vorgänge überhaupt nicht mehr kümmern. „Mir ist alles gleichgültig, es gibt ja doch keinen Ausweg aus unserem Elend," das ist bei vielen die verhängnisvolle Grundstimmung. Ihnen allen, soll man mit Thomas Carlyle zurufen: „Hilf mit! Gewiß die Zeit ist schlecht. Der Mensch ist da, sie besser zu machen." In Sachsen kann weder eine einseitige Rechtsregierung noch eine sozialistische Alleinherrschaft das Ziel der staatlichen Entwicklung sein. Die breiten Schichten des Volkes werden sich dem Staate nur dann verbunden und sich zur Mitarbeit am Staatswohl innerlich und dann verpflichtet fühlen, wenn zwischen den Strömungen von rechts und von links eine tragfähige Brücke geschlagen wird, auf der Regierung und Parlament ihre ausgleichende, versöhnende, aufbauende Arbeit beginnen werden. Die Möglichkeit hierzu ist am 5. November allein gegeben durch eine Stärkung der demokratischen Mitte. Nur die Mitte allein kann das Kernstück einer gesunden staatlichen Entwicklung bilden. Keine Verneinung und kein Beiseitestehen, sondern bloß befreiende und aufbauende Tat kann die Schicksalsfrage, die das sächsische Volk am 5. November durch sich selbst zu entscheiden hat, lösen, die Frage: soll Sachsen sozialistischer Staat oder demokratischer Volksstaat werden?

Die englischen Wahlprogramme.

Vier große Parteien ringen gegenwärtig, nachdem sie ihren Aufmarsch vollendet haben, in England um den Wahlsieg. Was sie im einzelnen erstreben und wie sie im Besonderen zu dem für uns Deutsche wichtigsten Thema der Reparationen stehen, läßt nachstehende Uebersicht erkennen:

1. Konservative (Regierungspartei). Politik der Ruhe und Stabilität. Vereinfachung des Regierungsorganismus. Loyale Erfüllung der auswärtigen, Verpflichtungen, jedoch keine Erweiterung und womöglich Einschränkung derselben. Volle und ehrliche Zusammenarbeit mit Frankreich und den anderen Alliierten. Volle und praktische Unterstützung des Völkerbundes. Aufrechterhaltung der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten. Enge und ununterbrochene Verbindung mit den Regierungen der Besitzungen und Indiens. Dringende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Entwicklung des Handels innerhalb des britischen Reiches und Einberufung einer diesbezüglichen Konferenz.

2. Nationalliberale Mittelpartei (Lloyd George). Politik des Friedens. Soweit möglich Zusammenarbeit mit den Alliierten, ohne jedoch „hinter irgendeinem anderen Lande herzulaufen". Reparationen innerhalb der deutschen Zahlungsfähigkeit. Aufnahme der Beziehungen mit Rußland. Völkerbund aller Nationen. Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, um einen gerechten und dauernden Frieden zu sichern. Keine Zolltarife.

3. Unabhängige Liberale (Asquith-Gruppe). Friede und Entwaffnung durch den Völkerbund. Revision und Regelung der Reparationen und Kriegsschulden. Einstellung der militärischen Abenteuer. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Zusammenwirken zwischen Kapital und Arbeit. Gerechte und anständige Behandlung der Arbeiterorganisationen. Freihandel. Politische und rechtliche Gleichstellung beider Geschlechter. Verhältniswahl.

4. Arbeiterpartei. Revision der Friedensverträge. Reparationen innerhalb der deutschen Zahlungsfähigkeit. Allumfassender Völkerbund. Unabhängigkeit Aegyptens und Indiens. Abgestufte Kapitalsabgabe von Vermögen über 5000 Pfund Sterling zur Bildung eines Tilgungsfonds für die Kriegsschulden. Erhöhung der Erbschaftssteuer. Erhöhung der Steuer auf hohe Einkommen. Herabsetzung der Steuern auf Einkommen unter 500 Pfund. Steuerfreiheit für Einkommen unter 250 Pfund. Arbeitsbeschaffung oder Unterhaltung der Arbeitslosen. Reorganisation der Landwirtschaft im Sinne einer Herabsetzung der Güterrenten. Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen. Erhöhte Beteiligung der Arbeiter an der Betriebskontrolle. Erhöhte Alterspensionen. Pensionen für verwitwete Mütter. Vollkommene Abschaffung der Armengesetzgebung. Völlige Gleichberechtigung der Geschlechter. Kontrolle über den Handel mit alkoholischen Getränken.

*

Die Gemeinderatswahlen in England und Wales verzeichnen ein starkes Anschwellen der konservativen Stimmen; die Arbeiterpartei hat dagegen schwere Verluste erlitten. Die englische Presse hebt die Bedeutung dieser Resultate im Hinblick auf die demnächstigen Parlamentswahlen hervor. Es darf jedoch dabei nicht übersehen werden, daß die Gemeinderatswahlen in England in der Hauptsache als unpolitisch angesehen werden.

Enormer Rückgang des Briefverkehrs.

„Sanierung nur durch Verminderung der Personalausgaben möglich."

Berlin, 3. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichsrat hielt eine öffentliche Sitzung ab. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die Vorlage betreffend eine neue Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren. Der Berichterstatter der Ausschüsse, der braunschweigische Gesandte Boden, führte aus, daß trotz aller Erhöhungen der Gebühren die Postverwaltung sich heute bereits wieder einem Defizit von 60 Milliarden infolge Erhöhung der Gehälter und Steigerung der sachlichen Ausgaben gegenübersehe. Bei der Gesamtlage der Reichspost sei es klar, daß eine Sanierung vor allem nur herbeigeführt werden könne durch eine Verminderung der Personalausgaben, die ¾ aller Ausgaben darstellen, und durch eine Vereinfachung der Verwaltung. Trotz der Erhöhungen werde noch ein Defizit von 50 Milliarden zu Lasten des Reiches fallen. Die Erhöhung der Gebühren soll am 15. November in Kraft treten, die Wiedereinführung des Zeitungsbestellgeldes erst später. Reichspostminister Giesberts wies darauf hin, daß die gestrigen Beschlüsse wegen Erhöhung der Beamtengehälter neuerlich wieder katastrophal auf die Verkehrsverwaltungen gewirkt haben. Die Sache wird so kommen, daß wir für das laufende Jahr ein Defizit von 50 Milliarden und für das nächste Jahr von 120 bis 130 Milliarden haben werden. Der Briefverkehr geht in ganz enormer Weise zurück und nach dieser Erhöhung wird er noch mehr zurückgehen. Die notwendig werdenden Gebühren werden derartig sein, daß sie zum Zusammenbruch der großen Organisationen, besonders der sozialen und Wohltätigkeitsorganisationen, führen müssen. Die Vorlage wurde unverändert angenommen.

Für 30 Milliarden englische Kohlen.

Berlin, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die deutsche Regierung ist genötigt gewesen, bisher für insgesamt 30 Milliarden englischer Kohle zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Reichsbahn einzukaufen.

Zusammenstoß französischer Truppen mit Kemalisten

Englisch-französische Gegenmaßregeln.

Paris, 3. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Korrespondent des Exchange Telegraph in Konstantinopel meldet, daß in Adrianopel dreizehn französische Soldaten von einer Bande bewaffneter Kemalisten getötet worden seien. Griechische Truppen sollen den Franzosen Hilfe geleistet haben. Im „Echo national" wird betont, daß der Triumph der Kemalisten den Ruin der französischen Interessen im Orient bedeuten würde.

*

London, 2. November. Nachrichten über militärische Vorbereitungen der Türken erregen in amtlichen englischen Kreisen große Aufmerksamkeit. Danach sollen die Kemalisten nicht nur in Anatolien neue Einheiten aufstellen, sondern auch in Thrazien 30 000 Mann mobilisieren. Zwischen Paris und London sind Verhandlungen über die zu ergreifenden Vorkehrungen im Gange. Nach den letzten Meldungen ist eine Verständigung mit Frankreich über die Angelegenheit erzielt. Paris und London werden unter allen Umständen darauf bestehen, daß die Bestimmungen des Waffenstillstandes von Mudania von den Türken befolgt werden und daß keinerlei Mobilmachungen in Thrazien oder Konstantinopel stattfinden.

Abbau des Beamtenapparates in Oesterreich.

Wien, 3. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die österreichische Regierung ist entschlossen, auf Grund einer Vereinbarung mit dem Delegierten des Völkerbundes bis Mitte des Jahres 1924 insgesamt 100 000 Staatsbeamte abzubauen. Oesterreich hat gegenwärtig insgesamt 250 000 Staatsbeamte bei einer Bevölkerung von sechs Millionen Menschen.

Neues vom Tage

Brandkatastrophe in einer Mühle.

Sechs Menschen verschüttet.

Eine schwere Brandkatastrophe, die sechs Menschenleben forderte, ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag in Oggersheim bei Ludwigshafen. Um 1 Uhr nachts brach in der Mühle der Firma König & Herf auf noch nicht aufgeklärte Weise ein Schadenfeuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete. Die Feuerwehren von Ludwigshafen, Oggersheim und Frankenthal mußten sich darauf beschränken, die Wirtschaftsgebäude und die Wohngebäude zu sichern. Als der Obermüller und fünf Feuerwehrleute versuchten, aus dem Keller die Mehlvorräte zu retten, brach das Gewölbe zusammen und begrub die sechs Menschen unter sich. Ihre Leichen konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden. Der Brandschaden wird auf über 27 Millionen Mark geschätzt.

Zur französischen Fremdenlegion verschleppt. Donnerstag vormittag wurde auf dem Schlesischen Bahnhofe in Berlin der aus Ostpreußen stammende zehnjährige wohnungs- und stellungslose Michael Bratkowski von einem Kriminalpolizei festgenommen unter dem Verdachte, einen jungen Kaufmann zur französischen Fremdenlegion verschleppt zu haben.

In Dänemark durchgebrannt — in Berlin verhaftet. Auf Ersuchen der Kopenhagener Kriminalpolizei wurde in Berlin der Direktor G. aus Kopenhagen festgenommen. Er wird der Unterschlagung von 300 000 dänischen Kronen beschuldigt, nach unserer Währung 270 Millionen Mark. Der Verfolgte wurde in einem Pensionat am Kurfürstendamm ermittelt, wo er mit einer jungen Dame abgestiegen war. Auch diese mußte den Weg zum Polizeipräsidium antreten, da ihr kostbarer Pelzmantel, die feine Toilette und ihr wertvoller Brillantschmuck ein Geschenk ihres Begleiters waren. Dieser bestreitet, das Geld unterschlagen zu haben. Es gibt an, vor acht Tagen nach Berlin gekommen zu sein und zunächst in einem der ersten Hotels gewohnt zu haben. Weil ihm dieses zu teuer gewesen sei, sei er dann nach dem Pensionat am Kurfürstendamm verzogen. Sein Geld will er in Aktien der Charlottenburger Wasserwerke angelegt und bei einer dänischen Bank deponiert haben.

Auf dem Stettiner Bahnhofe in Berlin gefnebelt aufgefunden. Nachts wurde der 20 Jahre alte Paul Reiter, der sich auf der Durchreise in Berlin befand, auf dem Gleis Nr. 12 des Stettiner Bahnhofs an der Eingangsüre eines Waggons gefnebelt und bewußtlosen Zustande von Eisenbahnbeamten aufgefunden. Man befreite ihn aus seiner Lage, worauf er mitteilte, daß er am Abend auf dem Schlesischen Bahnhof eingetroffen und von drei Männern in Empfang genommen worden sei, die ihn nach dem Stettiner Bahnhof verschleppt hätten. Einer derselben ist nach seiner Angabe der 24 Jahre alte Arbeiter Martin Wolter. Die Täter haben ihm seine Kleidungsstücke, Wäsche, eine goldene Uhr und 5000 Mark bares Geld geraubt.

Französische Fremdenlegionswerber und deutsche Polizei. Wie aus Mainz gemeldet wird, wurde in einem Orte der Pfalz ein Agent für die französische Fremdenlegion von der Polizei erfolgreicher Tat ertappt und festgenommen. Die französische Besatzungsbehörde forderte darauf die sofortige Freilassung des Festgenommenen und verfügte die Ausweisung des beteiligten Polizisten.

Riesenbrandschaden im Kloster Waldsassen. Aus München wird der ein Eigenbericht: In dem alten historisch schicksalsreichen Zisterzienserkloster Waldsassen im Bayerischen Wald ist ein Brandschaden von 16 Millionen Mark entstanden, von dem nur 1,2 Millionen Mark gedeckt sind.

Bergbau mit Hilfe des Flugzeuges. Daß man den Bergbau mit Hilfe von Flugzeugen betreiben ist keine Phantasie. Vielmehr ist dieser Plan in Südamerika demnächst praktisch durchgeführt worden. Die Regierung von Peru hat seit einiger Zeit durch ihre Beamten unter Hinzuziehung von Ingenieuren und Fliegern die Gedanken prüfen lassen, ob und wie man die Bodenschätze gewinnen könnte, die in den von der Küste von Peru landeinwärts gelegenen Bergen lagern. Diese Bodenschätze konnten bisher nur nicht abgebaut werden, da der Zugang zu den höheren Gebirgen fast völlig unmöglich ist. Die Prüfung hat ergeben, daß die Flugzeuge eine Verbindung hergestellt werden kann, und es sind inzwischen derartige Verkehrsmittel gebaut worden. Jedes dieser Flugzeuge ist für eine Tragfähigkeit von zehn Tonnen berechnet. Die Bergleute und die Maschinen werden in den Flugzeugen nach den Höhen gebracht, wo der Bergbau betrieben werden soll. Die gewonnenen Bodenschätze sollen dann mit dem Flugzeuge zur Küste befördert werden. Der Rückflug kann vorausichtlich als Gleitflug vor sich gehen, so daß man dabei die Betriebsmittel spart. Die Flugzeuge können in wenigen Stunden einen Weg zurücklegen, für den man bei einer Fortbewegung auf dem Boden mindestens einen Monat ansetzen müßte. Man verspricht sich in Peru von diesem Unternehmen einen großen wirtschaftlichen Erfolg.

Es pantomimi.

Nachtvorstellung im Berliner Kurfürstendamm-Theater.

Die Kunstgattung Pantomime — darüber haben sich die Aesthetiker schon Schwieren geschrieben. Seitdem der Film da ist, ist diese Gattung fast ausgestorben. Man spricht nicht im Film, man spricht nicht in der Pantomime. Mimik und Gestik sind die alleinigen Ausdrucksmittel, seelische Vorgänge erkennbar zu machen. Bei beiden. Der Unterschied liegt in der Hineinbeziehung der Musik. Beim Film ist die Musik lediglich Beschäftigung des Ohres, das die Stille nicht erträgt, während das Auge angestrengt arbeitet. Bei der Pantomime jedoch ist die Musik mithandelnd; der Grundstock, aus dem die Bewegungen und Erregungen der Handelnden herausblühen. Die „Handlung" oder die Idee einer Pantomime kann also nur musikalisch gelegt werden. Da, wo ein Literat einem Musiker eine Art symbolischer Novelle zurechtmacht, muß ein Knacks entstehen, der sich auch vom begabtesten Musiker nicht überbrücken läßt.

Diesen Knacks hat die „Schießbude", die das Kurfürstendamm-Theater in einer Nachtvorstellung zeigt. Der Literat, der die Symbolik dieser Pantomime verfaßt, ist kein Neuling auf dem Gebiete. Karl Vollmöller wird zu allegorisch, wird zu problematisch und vergißt, daß eine problematische Nuance ohne Wort nicht darstellbar ist. Seine Idee ist diese. Ein Schießbudenbesitzer hat drei Figuren, an denen er mit der Liebe des Künstlers, der seinen Gestaltungen Leben eingeblasen hat, hängt. Seine eifersüchtige Frau verkuppelt die drei Figuren, vor allem die kleine Tänzerin, an einen Gent. Die Puppen ziehen mit ihm ins Leben und zerbrechen am Leben. Der Schießbudenbesitzer sucht sie, findet sie, führt sie heim, repariert sie. Schon wollen sie wieder seinem Leierkasten gehorchen und neu lebendig werden, da zerstört die Frau sie. Den Mann treibt sein Schmerz in den Wahnsinn. Dieser ideelliche Gang ist zu geistig, zu intellektuell, als daß er pantomimisch ganz herauszubringen wäre. Der Zwiespalt zwischen Künstlichkeit und Leben, zwischen Künstlichem und Künstlerischem wurde nicht überbrückt.

Trotzdem blieb ein starker Eindruck, blieb sogar ein Bann. Dieser Bann war der Dirigent der Pantomime, Oskar Fried, der seine unerhörte Energie und Disziplin — an Mahler und Beethoven gereift — in den Dienst der Musik Jaap Kools setzte. Diese Musik hat die Verse und die Mischung von Exzentrischem und Volksliedhaftem, die der Stoff erforderte; gewiß stärker da, wo Klamauk gegeben wird als da, wo Leid und Weh aufschreien soll, aber doch niemals banal, und eine Leistung, die von dem Komponisten auch schwere Musik erhoffen lassen kann. Schießbudenbesitzer und Frau: Hermann Vallentin und Ilka Grüning. Er ein Mittelding zwischen Zauberer und an sich selbst Leidenden; sie eine Kupplerin, deren Bewegungen noch mehr als die Puppen ihres Mannes das grausam-mechanische des Daseins erschöpfen. Die Dekorationen von der Boguslawska farbig und rhythmisch sehr schön und mit ganz einfachen Mitteln ebenso bannend wie Oskar Frieds Dirigentenkunst, an die man sich am längsten erinnern wird.

Professor Brunner vom Amte suspendiert. Wie die „T. U." erfährt, ist der literarische Sachverständige im Berliner Polizeipräsidium, Prof. Karl Brunner, vom Amte suspendiert worden. Als Grund wird angegeben, daß nach dem Muster der Berliner Polizei auch andere Polizeiämter eine sogenannte schwarze Liste von Büchern angelegt haben und daß an der Spitze der Frankfurter Liste ein Buch von Prof. Brunner steht. Professor Brunner ist bereits nach Bayern abgereist, wo er künftig seinen Wohnsitz nehmen will.

Neuer Honorarprofessor. Der bekannte Lutherforscher D. theol. O. Albrecht in Naumburg a. S. wurde unlängst zum Honorarprofessor der theologischen Fakultät Halle ernannt. Er hat nunmehr eine, im amtlichen Verzeichnis noch nicht enthaltene, öffentliche Vorlesung über: „Einführung in das Studium der Werke Luthers" für das Wintersemester angekündigt.

Deutsche Kunst auf dem Lande. Dieser Tage hatte die Deutsche Vereinigung zu einem deutschen Abend in Oberröblingen a. S. eingeladen. Der große Saal des Gasthofs „zum Anker war dicht besetzt, gewiß ein Zeichen dafür, daß deutsche Kunst auch in ländlichen Bezirken ein starkes Echo findet. Der Geschäftsführer Baris eröffnete den Abend mit einer Ansprache, ihm gebührt der Dank für den wohlgelungenen Abend. Frau Günzel-Dworitzki vom Stadttheater Halle hatte sich in den Dienst des Abends gestellt. Sie sang Lieder von Arensen, einem Stuttgarter Komponisten, sinnvoll und seelenreich nach Inhalt und Musik. Die Begleitung lag in der Hand von Dr. Apel-Halle. Dr. Wiejchniewski-Halle trug ernste Gedichte und Geschichten von Bloem, Liliencron, Münchhausen, im dritten Teil Schwänke von Busch-Reimann vor. Er fand berechtigten Beifall.

Ein Dichter der Tabakteuerung. Die täglich zunehmende Teuerung in der Tabakindustrie hat in einem hessischen Kleinstädtchen einem unbekannten Witzbold Gelegenheit zu einer hübschen „dichterischen" Leistung gegeben. Als die biederen Bürger des Ortes eines Morgens gemächlich schlendernd ihren Schreibstuben, Bureaus und anderen Arbeitsstätten zuschritten, fanden sie an den Schaufenstern mehrerer Zigarrengeschäfte, an denen sie vorbeigingen, überall weiße Zettel angeklebt, auf denen, in schöner Rundschrift gemalt, folgendes Sprüchlein zu lesen stand:

„In allen Trafiken ist Ruh',
Und in den Budiken spürest du
Kaum einen Rauch.
Die Blätter raucht man vom Walde
Warte nur, balde
Rauchst du sie auch!"

Die ältesten Zeitungen der Welt. Die wegen hoher Papierpreise jetzt eingegangene „Peking-Gazette" darf als eine Publikation unter den Zeitungen gelten, da sie vor 1000 Jahren gegründet worden ist. Ebenfalls eines der ältesten Journale der Welt ist das Pekinger Blatt „Tsiang-Pao", das bereits seit 1200 Jahren erscheint, d. h. ca. 800 Jahre vor Gründung der ersten modernen europäischen Zeitung. Das Wort „modern" muß hier zugeständlich werden, da bereits zu Zeiten Julius Cäsars ein Nachrichtenblatt existiert hat, das man infolge seines regelmäßigen Erscheinens ebenfalls als Zeitung bezeichnen muß. Diese „Acta diurna publica populi romani" dürfte wohl die älteste Zeitung der Welt sein.

Lloyd George in Mißworten seiner Gegner. Der neue Konflikt Lloyd Georges mit den Konservativen erinnert an die alten Zeiten, in denen der junge, heißblütige Finanz- und Sozialminister mit reaktionären Hinterwäldlern in heftigem Kampfstand. Der Haß der Tories gegen den radikalen Emporkömmling kam damals auch in zahlreichen Mißworten und Anekdoten zum Ausdruck. So zirkulierte seinerzeit die Scherzfrage: „Welches ist die Aehnlichkeit zwischen Holland und Lloyd George?" Antwort: „Both are damned and lie low." Das heißt auf Holland bezogen: es ist eingedämmt und liegt niedrig, auf Lloyd George bezogen: er ist ein verdammter Kerl und liegt gemein. Eine andere Geschichte erzählt, daß eines Tages ein Mann in einen konservativen Klub gekommen sei, der soeben einen Ertrinkenden gerettet hatte. Allgemein beglückwünscht, erklärte er auf die Frage nach Einzelheiten: „Das ist doch die einfachste Sache der Welt. Ich gehe an der Themse spazieren, sehe einen Mann im Wasser, springe hinnach, drehe ihm um, um zu sehen, ob es nicht vielleicht Lloyd George ist. Na, und da es nicht Lloyd George war, habe ich ihn natürlich herausgezogen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221103017/fragment/page=0002